

tierung und Grundwerten sucht, statt sich ihrer sicher zu sein, mit einem großen Fragezeichen zu versehen. Die Existenz konkurrierender Gerichtsbarkeiten ist so unmodern nicht, machte doch in der britischen Gegenwart die Existenz von „Sharia Courts“ erst kürzlich deutlich, wie machtlos auch der Arm der (post-)modernen säkularen Staatlichkeit sein kann.

Mit Ströhmers eigenen Worten lässt sich seine theoriegesättigte Habilitationsschrift, die unter dem Dach der NIÖ unterschiedliche historiographische Ansätze zu verbinden versteht, zusammenfassen (S. 31): „Analytisch verdichtet, wird Justiznutzung als Marktgeschehen rekonfiguriert.“ Doch es geschieht noch mehr: Am Schluss kehrt Ströhrmer die klassischen und neueren Interpretationsparadigmen innovativ um (S. 353): „Der stiftsstaatliche Strukturkonservatismus [basierte ...] weniger auf der mentalen Rückständigkeit ihrer Nutzer, sondern vielmehr auf deren ökonomischer Rationalität.“ Und hier sind wir wieder bei der fast völligen Abwesenheit der theologischen Sphäre in dieser Habilitationsschrift angelangt.

Was wäre, wenn das Signum der geistlichen Staaten tatsächlich ausgerechnet ein ökonomisches war? Wenn die Herrschaftsidee und auch die Praxis vom „Mammon“ gekennzeichnet gewesen wäre? – Schließlich ist der Vorwurf des (atheistischen) „Materialismus“ im 19. und 20. Jahrhundert das klassische Klischee kirchlicher (tatsächlich sowohl evangelischer als auch katholischer) Kritik an aufgeklärtem Liberalismus und Arbeiterbewegung gewesen. – Hier könnte ein spannendes Feld für weitere Neuinterpretationen bereitet sein.

Gesine Dronsz

*Bärbel Sunderbrink, Revolutionäre Neuordnung auf Zeit. Gelebte Verfassungskultur im Königreich Westphalen: Das Beispiel Minden-Ravensberg 1807–1813 (Forschungen zur Regionalgeschichte Band 75), Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 2015, geb., 411 S., 17 Abb.*

„Ein panischer Schrecken ergriff Deutschland und ganz Europa“ (S. 26). Mit diesem Zitat aus der Kirchenchronik der Kirchengemeinde Werther beschreibt Bärbel Sunderbrink die Zäsur, die mit dem Untergang des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und dem Einmarsch französischer Truppen in Nordwestdeutschland 1807 begann. Der Ständestaat zerbrach, und mit der Schaffung des Königreiches Westphalen durch den Friedensvertrag von Tilsit entstand ein Staat, der als Vorbild für Egalität und bürgerliche Freiheit ein Vorbild für die anderen neugeschaffenen Staaten werden sollte. In dieser regionalen Studie, die sich auf die ehemalige preußische Provinz Minden-Ravensberg bezieht, geht die Autorin der Frage nach, ob sich der selbstgesetzte Anspruch auf Modernität mit der Fremdbestimmung von außen durchsetzen ließ. Im Mittelpunkt steht dabei die Mentalitätsgeschichte unter den folgenden Aspekten.

So konzentriert sich die Autorin unter anderem auf die örtlichen Führungseliten in der Verwaltung. Auf der einen Seite sorgt die weitgehende Übernahme des Verwaltungspersonals für eine Akzeptanz in der Bevölke-

rung. Die Besetzung wichtiger Funktionsstellen mit jüngeren, juristisch ausgebildeten und der Aufklärung zugewandten Beamten sichert auf der anderen Seite die Umsetzung der revolutionären Ideen aus Frankreich. Die Umsetzung dieser Ziele wird exemplarisch in verschiedenen Bereichen untersucht. Neben der eigentlichen Verwaltungsreform sind hier Schwerpunkt der Arbeit die Umsetzung einer neuen Wirtschaftsordnung, die Gleichstellung der Juden, die Modernisierung des Armen- und Medizinalwesens sowie das Verhältnis zwischen Militär und Bevölkerung.

Bärbel Sunderbrink fragt vor allem nach den Auswirkungen auf die Bevölkerung. Auch wenn der neu geschaffene Staat nun nicht mehr zwischen Stadt und Land unterscheidet, gestalten sich die Veränderungsprozesse häufig unterschiedlich. So lässt sich die Neugestaltung des Armenwesens in den Städten, dessen Aufgabe mit dem Ausgang des 18. Jahrhunderts auch in deutschen Großstädten bereits zunehmend als kommunale Aufgabe verstanden wurde, in der Regel viel einfacher umsetzen. Die kommunale Armenfürsorge ersetzte zunehmend die kirchliche Armenunterstützung. Gleichzeitig wechselte im neuen Staat grundlegend das Fürsorgeprinzip. War vorher der Geburtsort maßgeblich für die Frage der Zuständigkeit der Unterstützung, wurde nunmehr das Wohnortprinzip maßgeblich. Damit wurde der wachsenden Mobilität Rechnung getragen. Auf dem Lande ließen sich diese Veränderungen nicht so einfach umsetzen. Hier spielte die kirchliche Armenfürsorge eine viel zu große Rolle. Eine vollständige Ablösung durch die öffentliche Hand wäre zudem überhaupt nicht finanzierbar gewesen, die Steuerlast war nicht zuletzt auch durch die übrigen Anforderungen wie zum Beispiel für das Militär hoch genug.

Die konsequente Gleichstellung zeigte sich am deutlichsten in der Behandlung der Juden. Mit dem neuen Staat fielen alle Beschränkungen weg. Auch im wirtschaftlichen Bereich gab es eine völlige Gleichstellung. Dass sich mit dieser administrativen Veränderung nicht die Einstellungen in der Bevölkerung änderten, wird anhand der Untersuchung deutlich. Beispielhaft seien hier nur die Schwierigkeiten eines jüdischen Arztes genannt, der sich in Werther niederlassen wollte. Gleichwohl waren die Reformen, die auf einen modernen Verfassungsstaat deuteten, von der Bevölkerung insgesamt positiv aufgenommen worden, zumal anfangs auch wirtschaftliche Erfolge eine positive Entwicklung andeuteten.

Insgesamt erschwert sich die Umsetzung der revolutionären Ideen durch die zunehmenden militärischen Auseinandersetzungen. Die Teilung des Königreichs Westphalen 1811 durch Napoleon führte zu einer zusätzlichen Verschärfung, wurde doch nun auch das Territorium der früheren preußischen Provinz Minden-Ravensberg geteilt. Die Grenze, die nur nach geographischen Kriterien gezogen wurde, teilte Städte wie Herford und das Umland von Bielefeld. Da die Grenze auch eine Zollgrenze war, waren die wirtschaftlich gewachsenen Beziehungen mit einem Male unterbrochen bzw. sehr erschwert worden. Engagierten Verwaltungsbeamten wie dem Präfekten Daniel Heinrich Delius in Bielefeld gelang es immer weniger, die Ziele der Aufklärung im praktischen Handeln zu konkretisieren. Mit der militärischen Niederlage Napoleons erhielt ab 1813 wieder Preußen die Regierungsgewalt

über Minden-Ravensberg. Gleichzeitig setzte schon bald eine Neubewertung der französisch geprägten Zeit ein. Waren am Anfang die politischen Ziele der Gleichheit insbesondere von den Anhängern der Aufklärung, aber auch von der Wirtschaft begrüßt worden, führten die Schwierigkeiten durch die Politik Napoleons und die militärischen Auswirkungen zu einer gewissen Ernüchterung. Mit der preußischen Rückgewinnung des Territoriums wurden die Belastungen der französischen Zeit in den Vordergrund gestellt, die Rückabwicklung einiger der erreichten politischen Veränderungen (wie zum Beispiel die Gleichstellung der Juden) fanden zudem die Akzeptanz der Bevölkerung.

Aufgrund dieser preußisch geprägten Rezeption der kurzen Episode des Königreichs Westphalen blieb lange Zeit eine gerechte Bewertung dieser Ära verwehrt. Bärbel Sunderbrink verdient die Anerkennung, diese Aufarbeitung auch auf der regionalen Ebene vollzogen zu haben. Es ist spannend, die Bemühungen um Fortschritt, aber auch das Scheitern aus verschiedensten Gründen in den ausgewählten Bereichen nachzuvollziehen. Gleichzeitig gibt diese Arbeit aber auch Hinweise auf weitere Fragestellungen. Wie lassen sich beispielsweise die preußischen Reformen nach 1815 im Verhältnis zu den angesprochenen Reformbemühungen im Königreich Westphalen bewerten? Die Konzentration auf einzelne Fragestellungen bedingt, dass andere nur berührt, aber nicht erschöpfend behandelt werden. So sind zum Beispiel die Auswirkungen auf die kirchliche Entwicklung leider nur am Rande erwähnt. Die Auswirkungen der Säkularisierung kirchlicher Einrichtungen sowie die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse während dieser Zeit kommen nicht ausreichend zur Geltung. Vielfach wird von der Autorin schlagwortartig die Position der Kirche als rückwärtsgewandt beschrieben, während sie auf der anderen Seite das Handeln von der Aufklärung geprägter Pfarrer wie zum Beispiel Pfarrer Johann Moritz Schwager (Jöllenbeck), Eduard Seippel (Spengel) oder Superintendent Heinrich Scherr (Bielefeld) durchaus erwähnt und würdigt. Mit ihrer Arbeit weist Frau Sunderbrink daher auf ein Desiderat der Kirchengeschichte hin, das hoffentlich bald eine Antwort findet. Diese kritische Anmerkung schmälert aber in keiner Weise das insgesamt empfehlenswerte Buch. Durch die umfangreichen Forschungen in den Archiven konnte die Autorin viele Quellen zu diesem Thema aufspüren und auswerten. Ein Orts-, Namens- und Sachregister erschließt dieses Werk zusätzlich.

Bärbel Sunderbrink hat mit ihrer Dissertation ein Standardwerk in der Regionalgeschichte für diesen Zeitraum geschaffen. Insofern ist es auch folgerichtig, dass das Werk mit zwei Geschichtspreisen ausgezeichnet wurde (Geschichtspreis des Geschichtsvereins Minden und des Vereins für Geschichte und Altertumskunde in Westfalen)!

Wolfgang Günther